

# Erzgeb. Volksfreund

## Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzm. Wildenfels.

Redaktions-Abt.:  
Volksfreund-Schneeberg.

Berufswachposten:  
Schneeberg 10.  
Aue 31  
Schwarzenberg 10.

Nr. 17.

Sonntag, 20. Januar 1907.

60.  
Jahrg.

### Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

findet Montag, den 25. Januar 1907 von nachmittags 3 Uhr an im Sitzungszimmer des Stadthauses zu Schwarzenberg statt.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 14. Januar 1907.

### Reichstagswahl im 19. Sächsischen Wahlkreise.

Die Ermittlung des Ergebnisses der Wahl im 19. Sächsischen Reichstagswahlkreise findet

Dienstag, den 29. Januar dieses Jahres, vormittags 11 Uhr im großen Sitzungssaale der königlichen Amtshauptmannschaft Chemnitz, Drieschstr. 2, statt.

Der Zutritt steht jedem Wähler offen.

Die Herren Wahlvorsteher erlaube ich, die Wahlprotokolle gemäß § 25 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken und mit den nicht zur Verwendung gelangten Umschlägen (Anlage B zur Bekanntmachung des Reichstagsgesetzes vom 28. April 1903 drittelteiler Absatz) so zeitig an mich abzugeben, daß dieselben spätestens Montag, den 28. Januar, in meinen Händen sind, auch dafür besorgt sein zu wollen, daß sowohl die Wählerlisten, als die Gegenlisten nicht nur vom Wahl-

vorsteher, sondern auch von dem Protokollführer und den Beisitzern unterschrieben werden (§ 18 des Wahlreglements).

Chemnitz, den 16. Januar 1907.

Der Wahlkommissar,  
Amtshauptmann Dr. Morgenstern.

### Bekanntmachung die Reichstagswahl betr.

Die Ermittlung des Ergebnisses der Reichstagswahl im 17. Wahlkreise findet Dienstag, den 29. Januar 1907 von Vormittags 11 Uhr ab

im Sitzungssaale der königlichen Amtshauptmannschaft zu Glauchau statt.

Der Zutritt hierzu steht jedem Wähler offen.

Die Herren Wahlvorsteher werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken und den nicht zur Verwendung gelangten Umschlägen nach § 25 des Reglements vom 28. Mai 1870 zum 28. April 1903 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1868 ausgefüllt und jedenfalls so zeitig an mich einzureichen sind, daß sie sich spätestens am 27. dieses Monats in meinen Händen befinden.

Glauchau, den 16. Januar 1907.

Der Wahlkommissar für den 17. Sächsischen Reichstagswahlkreis,  
Schmeier, Amtshauptmann.

### Die Sozialdemokratie und der Mittelstand.

Die Festnagelung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie von jeher auf die Vernichtung des Handwerker- und Mittelstandes ausgeht, hat in der sozialdemokratischen Presse eine sonderbare Wirkung ausgeübt. Sie leugnet diese Tatsache nun mit einem Male ab. Der „Vorwärts“ schreibt nämlich: „Die Sozialdemokratie will nicht die Kleinvertriebe untergraben; sie konstatiert nur, daß die heutige Wirtschaftsentwicklung darauf hinausläuft, diese Betriebe zu untergraben.“ So konstatiert auch wohl der Wähler gegenüber seinem Opfer, daß es jetzt zu sterben hat. Welchen eigentümlich praktischen Charakter diese Konstatierungen annehmen können, hat die Sozialdemokratie dadurch gezeigt, daß sie im Reichstage systematisch alle Versuche zur Hebung des Handwerks und zur Verbesserung der Lage des gewerblichen Mittelstandes zu vereiteln gesucht hat. Wie die „Genossen“ über das Wohl des Mittelstandes, des Handwerks und Kleinvertriebes denken, davon legen die dieser Tage von Herrn Fabrikbesitzer Wilsch gebührend gekennzeichneten und von uns bereits mitgeteilten Ausführungen der Herren Bod und Kautsky ein bezeichnendes Zeugnis ab. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung weist zur Aufklärung über die wahre Gesinnung, die von der Sozialdemokratie dem selbständigen Handwerker- und Kaufmannstand entgegengebracht wird, auf der eindrucksvollen Fülle von Material zur Ergänzung früherer Feststellungen noch auf einige charakteristische Worte hin. Der Vertreter des Kleinvertriebes, der Kleinbürger, äußert sich u. a. in einer sozialdemokratischen Agitationschrift Paul Ernst wörtlich, „benimmt durch seine bloße Existenz schon die soziale Entwicklung.“ Nach Friedrich Engels tut der Kapitalismus ein gutes Werk, wenn er die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichtet, die durch und durch reaktionär sind.“

Wie Recht bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß die Sozialdemokratie schon bisher das Ihrige getan hat, um durch Schärung der Unzufriedenheit unter Gehilfen und Arbeitern und Mährung der Streikfeber die Lage des gewerblichen Mittelstandes nach Kräften zu erschweren. Der Mann aus dem Mittelstand, der einen Sozialdemokraten wählt, handelt dann auch sicher nach dem Worte „Nur die allergrößten Räuber wählen ihren Wegger selber.“ Besonders auch dem kleineren und mittleren Handelsstande wohnt die Sozialdemokratie ganz besonders Wohlwollen. Bebel hat in seiner Schrift „Über unsere Ziele“ bereits konstatiert, daß im sozialistischen Staate die Zwischenhändler aller Art, Agenten, Makler, Krämer verschwinden. Für die Sozialdemokratie ist nach Bebel, Kautsky u. a. Ausführungen der Handelsstand nichts weiter als ein Parasitengewächs. Das für die Händler und Kaufleute gilt, gilt natürlich auch für den Bauernstand, dem der jüngst verstorbenen sozialdemokratische Abgeordnete Bed seine Affenstücke zum Privatigentum austreiben wollte. Trotzdem pekuniert die Sozialdemokratie nach Kräften auf das Mittelvermögen aus den Kreisen der Handwerker, Kaufleute und Bauern. Wie sie das macht? Sehr einfach! Wie sie ihren abjecten ablehnenden Standpunkt in der Kolonialpolitik in der Kolonisation durch Reichsverweisung, so verurteilt

net sie in der Agitation ihr ganzes Programm. Die Zielbewußten, die sonst über jede Regel herfallen, lassen sich das ruhig gefallen, denn sie wissen, was sie davon zu denken haben. Wenn es um den Stimmenfang geht, muß eben das Programm zurücktreten.

### Tagesgeschichte

#### Deutschland.

Berlin, 18. Januar. (Kapitel des Schwarzen Adlerordens.) Heute vormittag 11 Uhr fand im hiesigen königlichen Schlosse das Fest des Schwarzen Adlerordens statt. Vorher hatte der Kaiser den Reichskanzler besucht. Der Kronprinz, die Prinzen, die sächsischen Ordensritter und die sonstigen kapitelfähigen Ritter versammelten sich im Schlosse und begaben sich in feierlichem Zuge unter Janjaren nach dem Rittersaale, voran zwei Herolde, dann paarweise die kapitelfähigen Mitglieder des Ordens, die jüngsten voran, zuletzt der Kaiser, dem sich die Generaladjutanten und das Geolge anschlossen. Im Rittersaale hatten sich die übrigen Beladenen versammelt, darunter die Generale, die Admirale, die Staatsminister und die Wirklichen Geheimen Räte. Während die kapitelfähigen Ritter zwei Halbkreise rechts und links vom Thron bildeten, ließ sich der Kaiser auf dem Throne nieder. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich geleiteten als Porcellans den Prinzen Oskar, den Fürsten von Waldeck und den Prinzen Albert von Solms-Laubach vor die Thronstufen. Nachdem sie gelobt hatten, die vereinigten Statuten zu befolgen, ertheilte der Kaiser unter Umhängung der Ordensfeste die Akkolade. Während des Ordensmarsches wurden sodann die neu investierten drei Ritter zur Handreichung geführt. Mit der gleichen Feierlichkeit wurden hierauf General Lesagezinski, Fürst zu Guleburg, Postkaplan v. Rodowitsch und Admiral v. Bendens-Albran investiert und endlich Minister v. Studt, Oberpräsident v. Reilly und Trübschler, Kardinalbischof Dr. Kopp, der Herzog von Ratibor und General Stalpinagel eingeleitet. Im Kapitelsaale hielt der Kaiser als Großmeister das Kapitel des Ordens in Gegenwart der sämtlichen 60 Ritter ab. Nach Schluß des Kapitels begab sich der Kaiser an der Spitze des Juges der Ritter nach der Schwarzen Adler-Kammer, wo die Mäntel abgelegt wurden. Abends fand im königlichen Schlosse bei den Majestäten eine Tafel statt, zu der die Ritter des Schwarzen Adlerordens geladen waren.

Berlin, 18. Januar. (Koloniale Unternehmungen.) Die letzte Rede des Kolonialdirektors vor den Mitgliedern des deutschen Handelstages hat bereits einige koloniale Unternehmungen geneigt, die ihrer Verwirklichung demnächst entgegengehen. Wie verlaudet, handelt es sich um Baumwoll- und Kautschukplantagen, die im Altmanndorfergebiet angelegt werden sollen. Dagegen sind die Berichte, daß von privater Seite auch die Erschließung dieser Plantagen durch Bahnbauten geplant sei, zum wenigsten verfrüht, da eine Entscheidung in der Frage der ostafrikanischen Bahnen erst in den nächsten Monaten zu erwarten ist.

#### Schweden.

Bevo, 18. Januar. (Die Revolutionsfrage vor dem Schwedischen Bundesrat.) Der Bundesrat beschloß heute in längerer Sitzung mit dem mündlichen

nischen Angelegenheit und prüfte dabei eingehend die grundsätzlichen Fragen. Es darf angenommen werden, daß der Bundesrat zu der Ansicht neigt, die Schweiz müsse die ihr von den Mächten anvertraute, sehr ehrenvolle Mission übernehmen, wenn auch unter Vorbehalt gewisser Punkte, die noch spezifiziert werden sollen. Hinsichtlich des Generalinspektors der Polizei von Marokko wurde die Personalfrage nicht berührt. Auch über die Mission des Bundesrates wurde kein Beschluß gefaßt; das dürfte aber in der nächsten Zeit geschehen.

#### Rußland.

Grodno, 18. Januar. (Blutiger Zusammenstoß zwischen Bauern und einer Militärpolizei.) Im Kreise Volkowol griffen über tausend katholische Bauern eine Wache an, die den Transport von Steinen zum Bau einer orthodoxen Kirche begleitete, die auf dem Grundstück einer im Jahre 1893 geschlossenen katholischen Kirche errichtet wird. Als aus den Reihen der Angreifer zwei Schüsse abgefeuert wurden, gab auch die Wache Feuer. Sechs der Angreifer wurden dabei getötet und sieben verwundet. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe sind energische Maßnahmen getroffen worden.

#### Östliche Angelegenheiten.

Ein Ausfall des Schulunterrichts am Reichstagswahltag sollte, wie eine größere Anzahl sächsischer Blätter zu melden wußte, für alle Schulen Sachsens angeordnet worden sein. Die Meldung trifft aber in dieser Form nicht zu, da nach einer an die Bezirkschulinspektoren Sachsens ergangenen Verordnung des Ministeriums diese hierüber zu befinden haben.

Beste Frist für den Abdruck von Zweipfennigkarten. Die ehemaligen blauen Postkarten zu 2 Pf. wurden sehrzeitlich vielfach zur Darstellung von gedruckten Mitteilungen verwendet. Als am 1. Juli v. J. das Ordensporto zu 2 Pf. abgeschafft wurde, blieben einzelne Geschäftsleute vorräthig von solchen gedruckten Karten übrig. Um die Verwendung dieser Karten nach der Druckentzweckung zu ermöglichen, hat das Reichspostamt dann zugelassen, daß diese Zweipfennigkarten umgedruckt werden. Sie erhalten einen Wertstempel zu 2 Pf., während der zu 2 Pf. ausgestrichen wird. Auch das Wort „Postkarte“ wird durch „Druckkarte“ ersetzt. Dem Verwendung nach ist von dieser Einrichtung ein ausgedehnter Gebrauch gemacht worden. Die Postkarte sind offenbar jetzt alle neu bedruckt. Nachdem diese Möglichkeit jetzt mehr als 6 Monate bestanden hat, hat das Reichspostamt sodann die Postanstalten angewiesen, bevorzogene Kartagen auf Umwandlung von Postkarten zu 2 Pf. in Druckkarten zu 2 Pf. nur noch bis zum 31. Januar entgegenzunehmen. Wer also noch solche gedruckte Postkarten haben sollte, kann sie noch jetzt umwandeln lassen. Die Anträge sind an die nächste Postanstalt zu richten, die den Auftrag an die Reichsdruckerei vermittelt. Voraussetzung ist, daß es sich um mindestens 300 Stück handelt. Für die Umwandlung ist, abgesehen von dem Wehrwert von 1 Pf. für das Stück, je 1 Mark für je 1000 Stück Karten zu entrichten. Auch Anträge des Publikums, blaue Zweipfennigkarten mit dem Aufdruckstempel von 2 Pf. zu versehen, sollen nach dem 31. Januar nicht mehr angenommen werden.